

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 21. bis 24. November 2016

[18-11-2016 - 15:42]

Plenartagung

LUX-Filmpreis: Gewinner der 10. Ausgabe wird in Straßburg bekannt gegeben . 3

Der Gewinner der 10. Ausgabe des Lux-Filmpreises wird am Mittwoch, den 23. November, von Parlamentspräsident Martin Schulz bei einer Zeremonie in Straßburg bekanntgegeben. Die diesjährigen Finalisten sind: „A peine j’ouvre les yeux/ Kaum öffne ich die Augen“ (Frankreich, Tunesien, Belgien, Vereinigte Arabische Emirate) von Leyla Bouzid, "Ma vie de courgette / Mein Leben als Zucchini" (Schweiz, Frankreich) von Claude Barras und "Toni Erdmann" von Maren Ade (Deutschland, Österreich, Rumänien).

EU-Länder sollen Verteidigungszusammenarbeit verstärken 4

Die EU sollte angesichts der verschlechterten Sicherheitslage in und um Europa ihre Streitkräfte dabei unterstützen, besser zusammenzuarbeiten, als ein erster Schritt in Richtung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. So steht es in dem Entwurf einer Entschließung, der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten auf, 2% des BIP für Verteidigungszwecke auszugeben und multinationale Streitkräfte aufzustellen.

Informationskrieg : Wie gegen Propaganda aus Russland oder vom IS vorgehen? 5

Die EU sollte dem Informationskrieg durch Russland und islamistische Terroristen begegnen, indem sie Desinformation widerlegt, auf positive Botschaften und Informationen zurückgreift und auf Sensibilisierung und Bildung setzt. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht.

Umwelt: Strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe 6

Am Mittwoch stimmt das Parlament über geplante strengere nationale Grenzwerte für Emissionen von bestimmten Schadstoffen ab. Darunter fallen Stickstoffoxide (NOx), luftverunreinigende Partikel und Schwefeldioxid (SO2). Die Grenzwerte wurden bereits informell mit der niederländischen Ratspräsidentschaft beschlossen. Schlechte Luftqualität verursacht jedes Jahr ungefähr 400.000 vorzeitige Todesfälle in der EU.

Zukunft der EU-Türkei-Beziehungen 7

Dienstagnachmittag werden die Abgeordneten in einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini die Frage erörtern, ob die Verhandlungen für einen EU-Beitritt der Türkei ausgesetzt oder unter zusätzlichen Bedingungen fortgesetzt werden sollen. Am Donnerstag steht eine entsprechende Entschließung zur Abstimmung. Vier Monate nach dem gescheiterten Putsch belastet der zunehmende Niedergang der Demokratie in der Türkei die Beziehungen mit der EU.

EU-Wirtschaftsprioritäten für 2017: Debatte mit EU-Kommissar Dombrovskis . . 8

Die EU-Abgeordneten erwarten, dass die EU-Kommission Investitionen in Innovation, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig behandelt. Auch soll sie für eine sozial ausgewogene Strukturreform und verantwortungsbewusste öffentliche Finanzierung eintreten. Diese Themen werden wohl in einer Debatte am Donnerstag mit dem für Wirtschaft zuständigen Kommissions-Vizepräsidenten Pierre Moscovici behandelt werden.

Abstimmung über die Zukunft der EU-Belarus Beziehungen 9

Nordsee-Kabeljau-Fischerei: Abstimmung über die vollständige Anwendung des Rückwurfverbots 9



Plenartagung

Armin WISDORFF

BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196

Huberta HEINZEL

STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS Plenary podcasts on key issues](#)

Plenartagung

LUX-Filmpreis: Gewinner der 10. Ausgabe wird in Straßburg bekannt gegeben

Der Gewinner der 10. Ausgabe des Lux-Filmpreises wird am Mittwoch, den 23. November, von Parlamentspräsident Martin Schulz bei einer Zeremonie in Straßburg bekanntgegeben. Die diesjährigen Finalisten sind: „À peine j’ouvre les yeux/ Kaum öffne ich die Augen“ (Frankreich, Tunesien, Belgien, Vereinigte Arabische Emirate) von Leyla Bouzid, "Ma vie de courgette / Mein Leben als Zucchini" (Schweiz, Frankreich) von Claude Barras und "Toni Erdmann" von Maren Ade (Deutschland, Österreich, Rumänien).

Das Europäische Parlament trägt die Kosten für die Untertitelung der drei Finalisten in allen 24 Amtssprachen der EU. Die Abgeordneten stimmen über den Gewinner ab. Für den siegreichen Film wird außerdem eine Fassung für Seh- und Hörbehinderte hergestellt und er für eine internationale Vermarktung unterstützt.

Eine Pressekonferenz mit den Regisseuren der drei Filme findet am Mittwoch, den 23. November um 14.30 Uhr in Straßburg statt.

Der Lux-Preis ist die Auszeichnung des Europäischen Parlaments für europäische Filmproduktionen und -koproduktionen, die zur Reflexion über aktuelle politische und soziale Fragen anregen wollen und sich mit europäischer Identität und europäischen Werten befassen.

Preisverleihung : Mittwoch, den 23. November, um 12:00 Uhr

Verfahren: LUX-Preisverleihung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 23. November um 14:30 Uhr

#LuxPrize @LuxPrize

Weitere Informationen

- [Webseite des LUX-Filmpreises](#)
- [À Peine J'ouvre les Yeux \(Kaum öffne ich die Augen\) von Leyla Bouzid](#)
- [Ma Vie de Courgette \(Mein Leben als Zucchini\) von Claude Barras](#)
- [Toni Erdmann von Maren Ade](#)
- [EP-Hintergrundinformationen – "LUX Prize – Ten years of support for EU cinema" \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU-Länder sollen Verteidigungszusammenarbeit verstärken

Die EU sollte angesichts der verschlechterten Sicherheitslage in und um Europa ihre Streitkräfte dabei unterstützen, besser zusammenzuarbeiten, als ein erster Schritt in Richtung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik. So steht es in dem Entwurf einer Entschließung, der am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung steht. Die Abgeordneten fordern die Mitgliedstaaten auf, 2% des BIP für Verteidigungszwecke auszugeben und multinationale Streitkräfte aufzustellen.

Weiterhin sollten sie ein EU-Hauptquartier zur Planung und Führung gemeinsamer Operationen einrichten und die EU dort handlungsfähig machen, wo die Nato nicht einschreiten will, so die Abgeordneten.

Mehr Unterstützung für Mitgliedstaaten im Kampf gegen den IS

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sollte grundlegend überarbeitet werden, um die strategische Autonomie der Union zu stärken, steht in einem weiteren Entschließungsentwurf, der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht.

Die Abgeordneten fordern den Rat auf, für die Sofortfinanzierung der ersten Phasen von militärischen Operationen die Einrichtung eines Anschubfonds einzuleiten. In dem Entwurf vertreten sie die Ansicht, dass die EU die an der Allianz gegen den selbsternannten „Islamischen Staat“ beteiligten Mitgliedstaaten unterstützen sollte, indem sie eine Operation im Rahmen der GSVP im Irak einleitet, deren Schwerpunkt auf der Ausbildung liegt.

Debatte: Montag, den 21. November (europäische Verteidigungsunion), Dienstag, den 22. November (GSVP)

Abstimmung: Dienstag, den 22. November (europäische Verteidigungsunion), Mittwoch, den 23. November (GSVP)

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

Pressekonferenz: Dienstag, den 22. November um 15h00 Uhr

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(24.10.2016, auf Englisch\)](#)
- [Entschließungsentwurf zur europäischen Verteidigungsunion](#)
- [Entschließungsentwurf zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#)
- [EP Berichterstatter zur europäischen Verteidigungsunion Urmas Paet \(ALDE, ET\)](#)
- [EP Berichterstatter zur GSVP Ioan Mircea Paşcu \(S&D, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(europäische Verteidigungsunion\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(GSVP\)](#)
- [EU-Hintergrundinformationen zur GSVP \(September 2016\)](#)

Plenartagung

Informationskrieg : Wie gegen Propaganda aus Russland oder vom IS vorgehen?

Die EU sollte dem Informationskrieg durch Russland und islamistische Terroristen begegnen, indem sie Desinformation widerlegt, auf positive Botschaften und Informationen zurückgreift und auf Sensibilisierung und Bildung setzt. So steht es in einem Entschließungsentwurf, der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht.

Die EU steht unter wachsendem Druck von Ländern wie Russland und nichtstaatlichen Akteuren wie dem IS, Al-Qaida und anderen transnationalen terroristischen und kriminellen Vereinigungen, die Gewalt verherrlichen und Pseudo-Nachrichtenagenturen und Trolle im Internet nutzen, um die demokratischen Werte infrage zu stellen und Europa zu spalten.

Debatte: Dienstag, den 22. November

Abstimmung: Mittwoch, den 23. November

Pressekonferenz: Mittwoch, den 23. November um 15:00 Uhr

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#StratCom #Russia #ISIS

Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(10.10.2016\)](#)
- [Entschließungsentwurf zu dem Thema „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“](#)
- [EP Berichterstatterin Anna Fotyga \(EKR, PL\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Studie zur strategischen Kommunikation \(auf Englisch\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Research note on Russia's information war" \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Umwelt: Strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe

Am Mittwoch stimmt das Parlament über geplante strengere nationale Grenzwerte für Emissionen von bestimmten Schadstoffen ab. Darunter fallen Stickstoffoxide (NOx), luftverunreinigende Partikel und Schwefeldioxid (SO₂). Die Grenzwerte wurden bereits informell mit der niederländischen Ratspräsidentschaft beschlossen. Schlechte Luftqualität verursacht jedes Jahr ungefähr 400.000 vorzeitige Todesfälle in der EU.

Die neuen Vorschriften legen nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen für Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide (NOx), flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH₃) und Feinstaub (Partikel unter 2,5 Mikrometer Durchmesser) fest. Hauptquellen dafür sind Verkehr, Heizung, Industrie und Landwirtschaft.

Die vorgeschlagenen strengeren Grenzwerte würden die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die öffentliche Gesundheit bis 2030 um ungefähr 50% mindern.

Debatte: Mittwoch, den 23. November

Abstimmung: Mittwoch, den 23. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe](#)
- [Berichterstatteerin Julie Girling \(EKR, UK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "National emission ceilings for air pollutants" \(auf Englisch\)](#)

Plenartagung

Zukunft der EU-Türkei-Beziehungen

Dienstagnachmittag werden die Abgeordneten in einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini die Frage erörtern, ob die Verhandlungen für einen EU-Beitritt der Türkei ausgesetzt oder unter zusätzlichen Bedingungen fortgesetzt werden sollen. Am Donnerstag steht eine entsprechende Entschließung zur Abstimmung. Vier Monate nach dem gescheiterten Putsch belastet der zunehmende Niedergang der Demokratie in der Türkei die Beziehungen mit der EU.

Am Mittwoch, den 16. November, verkündete der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz, dass der [geplante Besuch einer Delegation des Parlaments verschoben](#) wird.

Hintergrundinformationen

EU accession negotiations with Turkey started in October 2005. Out of 35 chapters of the *acquis communautaire* needed to complete the accession process, 16 have been opened and one closed (science and research).

Weitere Informationen

- [Berichterstatterin Kati Piri \(S&D, NL\)](#)
- [Pressemitteilung: „Türkische Regierung muss Journalisten freilassen, fordern die Abgeordneten“ \(27.10.2016\)](#)
- [Pressemitteilung: „Aufhebung der Immunität türkischer Abgeordneter untergräbt Rechtsstaatlichkeit“ \(08.06.2016\)](#)
- [Gemeinsame Erklärung von Elmar Brok \(Vors. Auswärtiger Ausschuss\) und der Berichterstatterin Kati Piri zur Türkei \(19.07.2016\)](#)
- [EU-Kommission : Webseite zur Türkei](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenartagung

EU-Wirtschaftsprioritäten für 2017: Debatte mit EU-Kommissar Dombrovskis

Die EU-Abgeordneten erwarten, dass die EU-Kommission Investitionen in Innovation, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen vorrangig behandelt. Auch soll sie für eine sozial ausgewogene Strukturreform und verantwortungsbewusste öffentliche Finanzierung eintreten. Diese Themen werden wohl in einer Debatte am Donnerstag mit dem für Wirtschaft zuständigen Kommissions-Vizepräsidenten Pierre Moscovici behandelt werden.

Dombrovskis wird zu Beginn der Aussprache die wirtschaftspolitischen Prioritäten für die EU 2017 vorlegen und über die jährlichen "wirtschaftspolitischen Koordinierungsarbeiten" des Europäischen Semesters berichten.

Die Abgeordneten begrüßen die Bemühungen der Kommission, die Arbeit des Europäischen Semesters zu rationalisieren, indem sie sich auf die wirtschaftlich und gesellschaftlich relevanten Themen konzentriert, was die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten erleichtert. Sie fügen hinzu, dass die Mitgliedstaaten sich stärker diesen Empfehlungen verpflichtet fühlen werden, wenn sie sich eindeutig auf eine kleine Anzahl von Prioritäten beziehen und nationale Parlamente und lokale Behörden eng mit einbezogen werden.

Debatte: Dienstag, den 22. November

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

[#EuropeanSemester @VDombrovskis](#)

Weitere Informationen

- [EP-Hintergrundinformationen: "European Semester 'Revamping' and 2016 priorities"](#) (auf Englisch)
- [EU-Kommission: Webseite zum Europäischen Semester](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Berichterstatte: Alfred Sant \(S&D, MT\)](#)

Plenartagung

Abstimmung über die Zukunft der EU-Belarus Beziehungen

Die Abgeordneten werden am Donnerstag über die Auswirkungen der jüngsten Entwicklungen in Belarus auf die Beziehungen mit der EU abstimmen. Es geht beispielsweise um die Freilassung politischer Gefangener und die Wahlen im September, bei denen seit 1998 das erste Mal zwei Abgeordnete der Opposition in das 110-köpfige Parlament gewählt wurden, aber auch die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe und wachsende Bedenken über die Sicherheit des Kernkraftwerks Ostrovets (Astravyets).

Die Abgeordneten haben am 26. Oktober in einer Plenardebatte die Bilanz der EU-Belarus Beziehungen gezogen. Einige waren nicht von den Fortschritten von Belarus bei der Aufrechterhaltung demokratischer Werte überzeugt, während andere der Ansicht waren, dass selbst ein sehr bescheidener Fortschritt den Wandel signalisieren könnte. Es ist jedenfalls notwendig, den Dialog mit der Zivilgesellschaft in Belarus zu führen und die demokratische Entwicklung dort zu unterstützen, betonten die Europaabgeordneten.

Sie waren sich darin einig, Belarus dazu aufzufordern, die Todesstrafe abzuschaffen und die EU-Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst zu bitten, den Druck auf Belarus zu intensivieren, um im Kernkraftwerk Ostrovets, nur 45 Kilometer von der litauischen Hauptstadt Vilnius, Stresstests durchzuführen. Die Anlage wird allgemein als unsicher bezeichnet, und einige Abgeordnete nannten sie "eine tickende Zeitbombe".

Debatte: Mittwoch, den 26. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 24. November

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#Belarus

Weitere Informationen

- [Video der Plenardebatte \(26.10.2016\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Sicherheit von Nuklearanlagen in Belarus \(Juni 2016\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen "Belarus – A repressed economy" \(March 2016\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Nordsee-Kabeljau-Fischerei: Abstimmung über die vollständige Anwendung des Rückwurfverbots

Nordsee-Kabeljau-Fischer müssten in Zukunft jeden Fang - nicht nur Kabeljau - anlanden, sofern das Parlament in einer Abstimmung am Dienstag ein informelles Abkommen mit den EU-Ministern billigt. Das Abkommen würde Beschränkungen der Anzahl der Tage, die ein Schiff in einem Fanggebiet verbringen darf, streichen, dies im Austausch für die Umsetzung des EU-Rückwurfverbots für unerwünschte Fische auf See.

Die Anlandeverpflichtung ist Teil eines Abkommens über Änderungen der Verordnung über einen langfristigen Plan für die Kabeljaubestände, welche sich in den letzten Jahren erholt haben.

Die Mitglieder des Fischereiausschusses haben im Juni eine informelle Vereinbarung mit dem Rat getroffen, um die [Verordnung von 2008 zur Festlegung eines langfristigen Plans für Kabeljaubestände](#) zu ändern, damit sie uneingeschränkt mit der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) vereinbar ist.

Plenartagung

In der Verordnung (EG) Nr. 1342/2008 des Rates wird ein langfristiger Plan für Kabeljaubestände im Kattegat, in der Nordsee, im Skagerrak und im östlichen Kanal, im Westen Schottlands und in der Irischen See sowie die Fischereien, die diese Bestände befischen, festgelegt.

Abstimmung: Dienstag, den 22. November

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in

erster Lesung

#NorthSea #EUfisheries

Weitere Informationen

- [Berichterstatterin Diane Dodds \(Fraktionslos, UK\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)